

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Entwicklungshilfe - DDR -
Arbeitsmarktprogramm - Steuervereinfachung - IWF

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1979) : Kurz kommentiert: Entwicklungshilfe - DDR - Arbeitsmarktprogramm - Steuervereinfachung - IWF, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 5, pp. 213-214

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135312>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Entwicklungshilfe

Zwiespältiges Verhältnis

Die Bundesregierung dokumentierte in Sachen Entwicklungspolitik einmal mehr ihr zwiespältiges Verhältnis zu diesem Metier, als sie auf der Klausurtagung des Kabinetts die Entscheidung über eine Steigerung der Öffentlichen Entwicklungshilfe hinausschob und in die Etatberatungen am 3. und 4. Juli verlegte. Aus den Erfahrungen von Nairobi, wo das Zaudern in der Frage des Gemeinsamen Fonds viel internationales Ansehen gekostet hatte, ist die Bundesregierung offenbar nicht klug geworden. Allerdings wartete sie diesmal nicht erst den Beginn von UNCTAD V ab, sondern nahm schon vorher freiwillig auf der Anklagebank Platz.

Sicherlich handelt es sich bei der von Entwicklungsminister Offergeld vorgeschlagenen Steigerung der Hilfe um insgesamt 3,2 Mrd. DM nicht um einen Pappenstiel. Eine solide finanzpolitische Lösung zu verlangen, war daher das gute Recht Finanzminister Matthöfers. Von einer der führenden Wirtschaftsnationen, die alle drei bis vier Jahre an UNCTAD teilnimmt, darf man jedoch etwas mehr an Konferenzvorbereitung erwarten als die zynisch anmutende Bemerkung, daß die Haushaltsberatungen leider einen Monat nach der Konferenz beginnen. Die Zusage einer abstrakten, nicht näher definierten Steigerung der Entwicklungshilfe wird in Manila kaum jemanden befriedigen.

Sofern bei der Aufstockung der Hilfe in Richtung auf das 0,7%-Ziel der UN wirklich haushaltstechnische Probleme bestanden, hätte man die lange vorher bekannte Thematik eben frühzeitiger behandeln müssen. Tatsächlich dürfte hinter dem fatalen Kabinettsbeschluß eher mangelnder politischer Wille gestanden haben. Das Ministertreffen hatte zusammen mit der publizistischen Vordebatte national wie international große Hoffnungen erweckt, die jedoch gründlich enttäuscht wurden. Es kreiBte der Berg und ... vertagte sich. bo

DDR

Neues Konzept?

Nach den ernüchternden ökonomischen Ergebnissen des letzten Planjahres stand die 10. Tagung des ZK der SED Ende letzten Monats im Zeichen der tiefgreifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die SED-Führung kündigte für das nächste Planjahr fünf (1981-1985) grundlegende Reformen an,

ohne aber im einzelnen auszuführen, was nun im Leitungs- und Planungssystem verändert werden soll. Einiges deutet allerdings auf die Absicht hin, den Prozeß der Kombinatbildung zu intensivieren und diesen Wirtschaftseinheiten mehr Eigenverantwortung zu übertragen.

Nun sind weder die Probleme der DDR-Wirtschaftsführung noch die zur Disposition gestellten Maßnahmen grundsätzlich neu. Nach wie vor gilt es, eine operationale Verbindung zwischen der Erfüllung zentraler Planaufgaben und der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Betriebe zu finden und so das Grundproblem sozialistischer Wirtschaftsführung zu überwinden. Während nämlich zentrale Planungs- und Lenkungsbehörden Ziele zu realisieren versuchen, bei denen die Betriebseinheiten ihr Leistungspotential voll ausnutzen, besteht die Erfolgsstrategie der Betriebe darin, Pläne zu erhalten, die auch ohne große Anstrengungen zu realisieren sind. Da die einzelwirtschaftliche Erfolgsmessung und damit auch die Prämierung der Mitarbeiter grundsätzlich anhand der Soll-Ist-Differenz wirtschaftlicher Parameter erfolgt, Soll-Größen folgender Phasen sich aber an konkreten Ist-Ergebnissen vorangegangener Planperioden orientieren, haben die Einzelwirtschaften ein Interesse, den vorgesetzten Behörden Leistungsmöglichkeiten zu verbergen. Betrieblich rationales Verhalten führt damit zu gesamtwirtschaftlich unerwünschten Ergebnissen. Solange sich die SED-Führung hier nicht zu einem grundsätzlichen Kurswechsel entscheiden kann, wird sich die DDR-Wirtschaft nicht optimal entwickeln können. pl

Arbeitsmarktprogramm

Falscher Schwerpunkt

Mit einem 500-Millionen-Sonderprogramm will das Bundesarbeitsministerium zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Problemzonen beitragen. Schwerpunkte des Programms, das noch zwischen den Ressorts der Bundesregierung abgestimmt werden muß, sind die innerbetriebliche Qualifizierung zur Vermeidung von künftigen Arbeitskräftefreisetzungen, die Wiedereingliederung von längerfristigen Arbeitslosen durch Übernahme von Lohnkosten und der Einsatz von Arbeitslosen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Antragsberechtigt sind nur die Arbeitsamtsbezirke, deren Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr durchschnittlich über 6 % gelegen hat, so daß nur 23 von 146 Arbeitsamtsbezirken in den Genuß der Mittel kommen können.

Die gezielte Förderung von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen erscheint auf den ersten Blick bestechend, denn, wie die Arbeitslosenzahlen zeigen, sind von Entlassungen hauptsächlich die Unqualifizierten bedroht. Über die Hälfte der registrierten Arbeitslosen besitzen keine Ausbildung. In den letzten Jahren haben die Unternehmen aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen und des damit verbundenen ergiebigeren Arbeitsmarktes schwächere gegen leistungsstärkere Arbeitskräfte ausgetauscht. Damit werden aber durch das Sonderprogramm nicht zuletzt diejenigen gefördert, die schon über eine Ausbildung verfügen und bereit sind, sich den veränderten Qualifikationsanforderungen anzupassen. Das Heer der unqualifizierten Arbeitslosen wird dadurch nicht verringert. Im Gegenteil, durch das ständige Ansteigen des Qualifikationsniveaus wird eine Eingliederung dieses Teils der Arbeitslosen immer schwieriger, da sich der Abstand zwischen qualifizierten Beschäftigten und unqualifizierten Arbeitslosen ständig vergrößert.

Dieses Problem ist nicht regionenspezifisch, sondern trifft für das ganze Bundesgebiet zu. So lange die Schar der unqualifizierten Arbeitslosen derart umfangreich ist, sollte deren Wiedereingliederung vorrangige Aufgabe der Politiker sein. Die innerbetriebliche Weiterbildung, die wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung zurückgestellt wurde, sollte weitestgehend den Betrieben selbst überlassen werden, da sich die Anzeichen für den Aufschwung mehren. dw

Steuervereinfachung

Preiswerter Einstieg

Steuern haben ein zähes Leben. Dieser Satz gilt gewiß für die sogenannten Bagatellsteuern. Jetzt endlich will die Bundesregierung auf die vier kleinsten dem Bund zustehenden Verbrauchsteuern (Salz-, Spielkarten-, Zündwaren- und Essigsäuresteuer) mit einem jährlichen Aufkommen von insgesamt 58 Mill. DM verzichten. Dies ist um so erfreulicher, als es ernstzunehmenden Widerstand gegen die Abschaffung immer nur von Seiten des Fiskus gegeben hat. Entgegen der häufig behaupteten „Unrentabilität“ sind die kleinen Verbrauchsteuern nämlich recht einfach zu handhaben und verursachen nur geringe Verwaltungskosten. So wird zum Beispiel die Spielkartensteuer lediglich bei sechs Herstellern im Bundesgebiet erhoben und der behördliche Verwaltungsaufwand beträgt nur 0,5% des Aufkommens; Werte, die eigentlich für eine Beibehaltung sprechen. Den Verantwortlichen geht es jedoch nicht um die Einhaltung bestimmter Kosten-Nutzen-Relationen bei der Erhe-

bung von Abgaben: Vordringliches Ziel ist gegenwärtig die Steuervereinfachung. Die Streichung der Bagatellsteuern soll als ein erster (preiswerter) Einstieg zur Lösung dieses immer wieder verschleppten Problems dienen.

Anläßlich einer kürzlich veranstalteten öffentlichen Anhörung stieß der Finanzminister allerdings nicht auf einhellige Zustimmung der Wirtschaft, und die Opposition kommt der Regierung gar mit einem eigenen Gesetzentwurf in die Quere, der den Katalog der abzuschaffenden Bagatellsteuern immerhin um zwei erweitert. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, besteht die Gefahr, daß hier parlamentarische Nebenkriegsschauplätze eröffnet werden, die unter Umständen von möglichen wirklich substantiellen Steuervereinfachungen ablenken könnten.

rr

IWF

Italienisches Ansinnen

Italiens Schatzmeister Pandolfi möchte mit dem IWF in Verhandlungen über ein neues Bereitschaftskreditabkommen für Italien eintreten. Dem Vernehmen nach wünscht Rom einen Kredit von mindestens 1 Mrd. \$. Diese Nachricht überrascht insofern, als Italien zur Zeit eine günstige Zahlungsbilanzsituation aufweist. Warum also gerade jetzt ein IWF-Kredit?

Wie aus Rom zu hören ist, beabsichtigt die italienische Regierung mit der Kreditaufnahme, die Kreditwürdigkeit des Landes unter Beweis zu stellen. Unter diesem Gesichtspunkt scheint das italienische Ansinnen etwas fragwürdig zu sein. Da Kredite im Rahmen des Bereitschaftskreditabkommens ausschließlich der Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten dienen sollen, kann sich der IWF eigentlich auf ein solches Abkommen in diesem Falle gar nicht einlassen. Zudem ist es äußerst fraglich, ob Italien gerade mit einem IWF-Kredit seine Kreditwürdigkeit beweisen kann. Beistandskredite sind in der Vergangenheit vom IWF nicht primär vergeben worden, weil man das betreffende Land für besonders kreditwürdig hielt. Gesichtspunkte wie die Adaption wirtschaftspolitischer Auflagen des IWF sowie ein gewisses Vertrauen in die Fähigkeit der zuständigen Instanzen des kreditnehmenden Landes, diese Auflagen einzuhalten und die Zahlungsbilanzsituation damit nachhaltig zu verbessern, spielten eine weitaus größere Rolle.

Will Italien seine internationale Kreditwürdigkeit beweisen, so kann dies durch nichts besser geschehen als durch eine starke Zahlungsbilanzsituation und eine solide Geld- und Fiskalpolitik.

ww